

# Zürich

## Ärzttestopp – Kehrtwende im Kanton

**Zürich** Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli sagt der Überversorgung mit Spezialärzten den Kampf an. Ihre Massnahme zielt auf ausländische Ärzte. Die Gesundheitsversorgung sieht sie dadurch nicht gefährdet.

**Patrick Gut** und **Heinz Zürcher**

Seit gestern 0.01 Uhr gilt im Kanton Zürich eine Zulassungsbeschränkung für Ärztinnen und Ärzte. Was bedeutet der Entscheid für die Patientinnen und Patienten im Kanton Zürich? Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli geht davon aus, dass diese davon gar nichts merken werden. «Im Kanton Zürich droht keine Unterversorgung», sagt Rickli.

Von der Zulassungsbeschränkung ausgenommen sind nämlich explizit Ärztinnen und Ärzte, die den Fachgebieten der Grundversorgung zuzuordnen sind; Allgemeine Innere Medizin, Kinder- und Jugendmedizin sowie Hausärztinnen und Hausärzte. Letztere sind ausgenommen, weil sonst eine Knappheit droht. Das hat mit den zahlreichen anstehenden Pensionierungen zu tun. Mit der zunehmenden Zahl von praktizierenden Hausärztinnen haben zudem Teilzeitpensene zugenommen, und schliesslich sehen sich die Ärzte laufend mit steigendem administrativem Aufwand konfrontiert.

### Ausländische Spezialisten im Fokus

Die Regelung zielt auf jene Mediziner, die keine dreijährige Tätigkeit an einer anerkannten schweizerischen Weiterbildungsstätte ausweisen können. Konkret geht es um ausländische Spezialistinnen und Spezialisten. Und in diesem Bereich gibt es im Kanton laut Gesundheitsdirektion eine Überversorgung. Die Zahl der Zulassungen für Ärztinnen und Ärzte aus dem Ausland hat über die letzten Jahre stark zugenommen. Pro Jahr machen sie rund sieben Prozent der neuen Zulassungen aus.

Und: Laut Schätzungen von Santésuisse, der Branchenorganisation der Krankenkassen, kostet jede neue Arztpraxis rund eine halbe Million Franken pro Jahr. So gesehen erwartet man von der Massnahme eine kostendämpfende Wirkung.

Mit guten Gründen will Rickli den Ärzttestopp genau jetzt umsetzen. Zulassungsstopps sind aufgrund von Entscheiden in Bern seit 2001 bundesweit mög-

lich. Zwischen 2002 und 2011 galt der Stopp auch im Kanton Zürich. Auf Bundesebene wird die Massnahme – mit einer Pause 2012 – jeweils um drei Jahre verlängert.

### Ab 2021 schweizweit verpflichtend

Seit 2013 ist der Kanton Zürich neben den beiden Appenzell und Graubünden einer von vier Kantonen, die auf den Ärzttestopp verzichten. Das ist möglich, weil der Bund die Umsetzung bisher den Kantonen überlassen hat. Das soll nun aber ändern. Ab 2021 wird aus der Kann-Formulierung ein Muss.

Wird im Bundesparlament über Zulassungsbeschränkungen diskutiert, löst das in der Ärzteschaft eine gewisse Hektik aus. Es werden mehr Zulassungen bean-

tragt. Die Zahlen im Umfeld der vermeintlichen Wiedereinführung per Mitte 2013 sind eindrücklich: 2011 – damals galt der Stopp – wurden im Kanton Zürich 178 Bewilligungen erteilt. 2012 waren es 542 und 2013 gar 709.

Diesen Erfahrungen ist auch eine aktuelle Besonderheit geschuldet: Der Stopp wird nämlich per sofort umgesetzt. Bis Donnerstag eingereichte Zulassungsgesuche werden nach altem Recht behandelt. Ab Freitag gilt die neue Regelung.

### Kein Verstoss gegen Personenfreizügigkeit

Gegenüber der Politik von Ricklis Vorgänger Thomas Heiniger (FDP) handelt es sich um eine Kehrtwende. Als es 2013 um die Fortführung des Stopps ging, hatte Heiniger argumentiert, die-

ser verstosse gegen die Personenfreizügigkeit. Das sieht Natalie Rickli anders: «Wenn das so wäre, hätte man die Massnahme nicht auf Bundesebene beschlossen und auch nicht in 22 Kantonen umgesetzt.»

Dass der Kanton Zürich neben drei ländlichen Kantonen allein dasteht, ist für Rickli ein zusätzlicher Grund, den Stopp umzusetzen. «Tun wir das nicht, lassen sich Patienten aus anderen Kantonen bei uns behandeln.» Das mache den Kanton Zürich für ausländische Spezialisten erst recht attraktiv.

Heiniger hatte gefordert, anstelle eines Ärzttestops solle man tariflich eingreifen – Spezialisten also schlechter und Hausärzte im Gegenzug besser entschädigen. Diese Massnahme würde die Gesundheitsdirektion

nach wie vor begrüssen. Allerdings sei für den Tarif der Bund zuständig, und dort tue man sich schwer mit Anpassungen.

### Spitäler sollen Hausärzte nicht konkurrenzieren

Neben den genannten Ärzten sind solche, die in einem Spital arbeiten, nicht der Beschränkung unterworfen. Damit will die Gesundheitsdirektion die Strategie «ambulant vor stationär» stärken. Rickli machte aber klar, dass die Ärzte in den Spitalambulatorien nicht die Hausärzte konkurrenzieren sollen. Man werde das im Auge behalten.

Wer mit dem aktuellen Regierungsrätlichen Beschluss nicht einverstanden ist, kann sich in 30 Tagen am Verwaltungsgericht beschweren – allerdings ohne aufschiebende Wirkung.



Als Hausärztinnen und Hausärzte sind Ausländer im Kanton Zürich weiterhin willkommen. Themenfoto: Keystone

## Ärzte und FDP sind zufrieden, die Grünliberalen weniger

Der Grossteil der Zürcher Ärzte stehe hinter der Zulassungsbeschränkung, sagt Josef Widler, Präsident der Ärztesgesellschaft des Kantons Zürich und Kantonsrat der CVP: «Ich hätte auch so entschieden.» Mit Blick auf die Beschränkung auf Bundesebene ab 2021 sei eine Sofortmassnahme richtig. «Sonst droht ein weiterer Ansturm ausländischer Ärzte.» Es sei einfacher, die Zulassung zu stoppen als im Nachhinein Bewilligungen zu entziehen.

Ein Problem sieht er einzig bei den Spitälern, die von der Regelung ausgenommen sind. Im Kanton St. Gallen zum Beispiel sei nach dem Zulassungsstopp die Zahl der Ärzte in den Spitälern sprunghaft angestiegen – mit der Folge, dass die bestehen-

den Hausarztpraxen noch mehr konkurrenzieren wurden. Wolle man die Strategie «ambulant vor stationär» nicht gefährden, dürfe ein Ausbau im spitalambulanten Bereich nur dann möglich sein, wenn er zulasten der stationären Einrichtungen erfolge. Diese Entwicklung müsse man deshalb im Auge behalten.

### FDP kritisiert Heiniger

Die Grünliberalen finden Ricklis Zulassungsbeschränkung überstürzt. Ob im ambulanten Bereich eine Überversorgung bestehe, könne momentan nicht beurteilt werden. Festzustellen sei einzig eine Konzentration der Fachärzte in den städtischen Zentren, schreibt die Partei in einer Mitteilung. Die Regierung hätte zuerst analysieren sollen,

wie die Situation in den einzelnen Regionen und Fachgebieten aussehe. Die GLP befürchtet, dass der Zulassungsstopp möglicherweise die Versorgungssicherheit gefährde.

SVP, CVP, SP und FDP stehen dagegen hinter Ricklis Massnahme. FDP-Kantonsrätin Linda Camenisch (Wallisellen) spricht von einem klugen und mutigen Entscheid, den schon FDP-Regierungsrat Thomas Heiniger hätte fällen sollen. Dessen Annahme, dass der Markt die Ärztedichte regle, sei falsch, sagt Camenisch. «Je mehr Spezialisten es gibt, desto häufiger wird behandelt und umso grösser wird die Überversorgung.» Ihre Parteikollegin Astrid Furrer (Wädenswil) ergäntzt. «Der Anstieg war in den letzten Jahren dramatisch, ein

Ärzttestopp dringend.» Die Fachspezialisten würden sich heute die Patientinnen und Patienten abjagen und häufiger operieren als nötig. Richtig sei auch, sagt Camenisch, dass die Hausärzte von der Beschränkung befreit werden. «Denn dort besteht ein Mangel.»

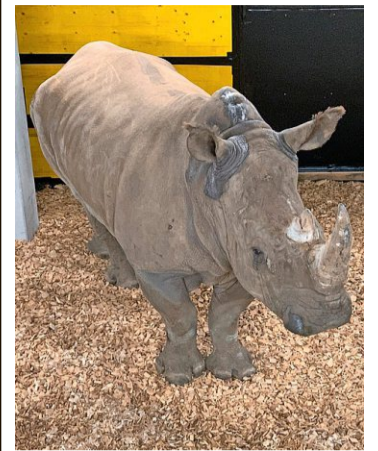
Das findet auch SP-Gesundheitspolitiker Andreas Daurü (Winterthur). «Ich hätte es aber persönlich geschätzt, wenn neben der Kinder- auch die Erwachsenenpsychiatrie nicht vom Stopp betroffen wäre. In ländlichen Gebieten mangelt es eher an Psychiatern.» Grundsätzlich erachtet er aber die Zulassungsbeschränkung für Spezialisten als sinnvoll. In Bereichen, die finanziell attraktiv seien – etwa Orthopädie, Augenheilkunde, Derma-

tologie – lasse sich vor allem in urbanen Gebieten eine gewisse Überversorgung feststellen.

### Ende für «liberales Jekami»

Die CVP macht die zugezogenen Fachärzte für das Überangebot und die Kostenexplosion verantwortlich. «Das liberale Jekami im Gesundheitswesen muss deshalb ein Ende haben», sagt CVP-Kantonsrat Lorenz Schmid (Männedorf).

Genauer anschauen müsse man auch die Ausbildung der ausländischen Ärzte, schreibt die SVP. Dass diese aufgrund der höheren Löhne und besseren Arbeitsbedingungen lieber in der Schweiz praktizierten, sei nachvollziehbar. Oft verfügten sie aber nicht über den nötigen Facharzttitel mit Schweizer Standard. (hz/pag)



Breitmaulnashorn Teshi am Donnerstag im Quarantänestall des Zoos Zürich. Foto: Keystone

## Nashörner aus Israel für die Lewa Savanne

**Zoo Zürich** Vier Nashörner sind am Donnerstagabend wohlbehalten im Zoo Zürich angekommen. Nächsten April werden sie die neu geschaffene Lewa Savanne im Zoo Zürich betreten.

Bei den Neukömmlingen handelt es sich um Breitmaulnashörner, wie der Zoo gestern mitteilte. Die Weibchen Tanda, Teshi, Talatini und der Bulle Rani kommen aus dem Zoo Safari Ramat Gan in Tel Aviv und wurden per Flugzeug nach Zürich transportiert. Sie verbringen nun mindestens dreissig Tage in Quarantäne.

### Zusammen mit Giraffen, Zebras und Erdmännchen

Das jüngste Nashorn ist etwas mehr als ein Jahr alt, das älteste 26-jährig. In den kommenden Monaten bis zur Eröffnung der Lewa Savanne am 9. April 2020 lernen sie nun ihr neues Zuhause und ihre künftigen Mitbewohner kennen, darunter die Netzgiraffen Malou, Jahi und Luna, die sich bereits im Zoo Zürich befinden.

In die Lewa Savanne ziehen im Verlauf der nächsten Monate über zehn Tierarten ein, neben den Giraffen und Nashörnern auch Grevyzebras, Strausse, Erdmännchen und Tüpfelhyänen. In Quarantäne befinden sich unter anderem bereits die Giraffen und die Erdmännchen. (sda)

## Martin Haab soll Hans Frei ablösen

**Bauernverband** SVP-Nationalrat Martin Haab aus Mettmenstetten soll oberster Zürcher Bauer werden. Der Vorstand des Zürcher Bauernverbandes (ZBV) hat den 57-jährigen als Nachfolger des abtretenden Präsidenten Hans Frei nominiert. Die Delegierten entscheiden am 1. April 2020.

Für den Vorstand des Bauernverbandes ist Haab «die ideale Nachfolge», wie er gestern mitteilte. Als praktizierender Landwirt kenne er die Herausforderungen der Basis. Zudem kenne Haab den ZBV von innen als auch von aussen und sei hervorragend vernetzt. Seit 2005 sitzt Haab selber im Vorstand des ZBV, seit 2008 ist er im Ausschuss. Der Milchbauer reagierte bereits im Hinblick auf sein mögliches neues Amt und trat per Ende Jahr als Präsident der Milchbauernorganisation BIG-M und aus der Schaukommission zurück.

Haab war von 2011 bis 2019 Kantonsrat. Seit Sommer diesen Jahres sitzt er im Nationalrat. Er rückte für Natalie Rickli nach, die in den Regierungsrat gewählt wurde. (sda)